



Eskalation in Syrien

Mitglieder der Kooperation für den Frieden positionieren sich zu Syrien

Es droht der militärische Einsatz gegen das Assad-Regime. Militärschläge der USA mit Unterstützung einiger Verbündeter sollen den Einsatz von Giftgas durch Assad gegen die eigene Bevölkerung vergelten. Aber das Ziel „regime-change“ ist nicht weit. Hier präsentiert die Kooperation für den Frieden die aktuellen Meinungsäußerungen ihrer Mitgliederorganisationen zur Entwicklung in und um Syrien.

Inhalt:

- IPPNW: Keine Militärintervention in Syrien
- IPPNW: Chemical Weapons and access to Health Care in Syria
- Netzwerk Friedenskooperative: Syrien: Friedenspolitik statt Kriegsterror
- BSV: Kriegsverbrechen nicht mit Krieg bekämpfen
- Bremer Friedensforum: Gegen Kriegsstimmungsmache
- ORL: Kurz-Krieg gegen Kriegsverbrechen ist keine Lösung
- Pax Christi: Offener Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu Syrien
- Forum Friedensethik (FFE): Presseerklärung zum geplanten Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf Syrien

Stand: 30.09.13, 10 Uhr

Kontakt: Kooperation für den Frieden, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel.: 0228/692904, Fax: 0228/692906, eMail: info@koop-frieden.de, www.koop-frieden.de

Spenden für die Kooperation für den Frieden (Sonderkonto): Förderverein Frieden e.V. Konto-Nr.: 190 0726 793 bei der Sparkasse KölnBonn (BLZ 370 501 98)

Spenden
Mitglied werden
Newsletter
Kontakt

[Startseite](#) | [Atomwaffen](#) | [Atomenergie](#) | [Frieden](#) | [Soziale Verantwortung](#) | [Internationale IPPNW](#) | [Presse](#) | [Aktiv w](#)

Presse

[Presse 2013](#)

[Presse 2012](#)

[Presse 2011](#)

[Presse 2010](#)

[Presse 2009](#)

[Presse 2008](#)

[Presse-Archiv](#)

[Presseinfos abonnieren](#)

[Presseecho](#)

[Podcasts](#)

[Videos](#)

[Reden](#)

[Digitale Pressemappe](#)

[Downloads](#)

[Füllanzeigen](#)

[IPPNW-Forum](#)

Sie sind hier: [www.ippnw.de](#) | [Presse](#) | [Presse 2013](#)

IPPNW-Pressemittteilung vom 28.08.2013

Keine Militärintervention in Syrien

28.08.2013 Die Ärzteorganisation (IPPNW) lehnt eine Militärintervention in Syrien ab. Es kann nur eine diplomatische Lösung des Konflikts geben. Die Kriegsvorbereitungen müssen sofort gestoppt werden. „Wir fordern die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, jedwede Beteiligung Deutschlands an einem Krieg gegen Syrien öffentlich auszuschließen und keine weiteren Waffen mehr in umliegende Länder zu liefern“, erklärt die IPPNW-Vorsitzende Susanne Grabenhorst. Ausgeschlossen werden müssen auch die Lieferung von Dual-Use-Gütern, die Entsendung von Ausbildern oder eine entsprechende Unterstützung der syrischen Konfliktparteien durch ihre jeweiligen Verbündeten. Die Entscheidung der Europäischen Union über eine Lockerung von Rüstungslieferungen an syrische Rebellen muss sofort wieder aufgehoben werden.

Jegliche deutsche Solidarität kann nur den Menschen in Syrien und in den Flüchtlingslagern gelten. Die Ärzte und Ärztinnen weisen besonders daraufhin, dass die Bundesregierung sich dafür einsetzen muss, dass die Menschen in Syrien freien und sicheren Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Angriffe auf medizinisches Personal und Einrichtungen verstoßen gegen das internationale Völkerrecht.

Die IPPNW verurteilt jeglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen. Dazu zählen auch Chemiewaffen. Bisher hat Syrien die Chemiewaffenkonvention von 1992 weder unterzeichnet noch ratifiziert und hat sich damit seit Jahren der Überwachung durch die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) in Den Haag entzogen.

Angesichts der erhobenen Vorwürfe eines wiederholten Chemiewaffeneinsatzes in Syrien fordert die IPPNW von allen am Konflikt beteiligten Kräften, für die Sicherheit der UN-Inspektoren zu sorgen. Die Ankündigung von US-amerikanischen, englischen und französischen Politikern, ohne UN-Mandat Militärschläge durchzuführen, bevor die Ergebnisse der Untersuchung bekannt sind, ignoriert in verantwortungsloser Weise den wichtigsten völkerrechtlichen Rahmen für Friedenserhaltung: die Charta der Vereinten Nationen. Jegliche Untersuchung der vorgefundenen Hinweise und deren Beurteilung muss ohne Vorverurteilung erfolgen. Nur so kann ein Gutachten erfolgen, auf dessen Grundlage die internationale Gemeinschaft ihre weiteren Handlungen überdenkt. Auf keinen Fall kann die Reaktion auf ein mutmaßliches Kriegsverbrechen eine Intensivierung des Krieges sein.

Als erster Schritt für eine politische Lösung ist ein Waffenstillstand notwendig. Für diese Option müssen die Möglichkeiten der Kooperation zwischen den westlichen Staaten, der Arabischen Liga, Russland und China aber auch der regionalen Nachbarmächte wie Iran zugunsten einer friedlichen Lösung des Konfliktes ohne Vorbedingungen genutzt werden. Dies ist Aufgabe der Vereinten Nationen.

Eine solche Kooperation würde zumindest auf dem Verständnis beruhen, dass einer Sicherung der eigenen geopolitischen und regionalen Interessen auf Kosten der Toten und auf den Rücken der Verletzten des syrischen Bürgerkrieges keine Zukunft beschert ist. Auf dieser Grundlage könnten Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung Syriens mit Blick auf auf regionale Kooperation statt Konfrontation geführt werden.

Schließlich fordert die IPPNW erneut, dass die Bundesregierung alle erdenklichen Anstrengungen unternimmt, um den Inlandsflüchtlings und den Flüchtlingen, die benachbarte Länder erreichen könnten, tatkräftig zu helfen. Dazu gehört auch, dass Deutschland sie ohne Zahlenbegrenzung in großzügiger Weise aufnimmt.

Kontakt: Angelika Wilmen, Pressesprecherin der IPPNW, Tel. 030 - 69 80 74-15, Dr. Jens-Peter Steffen, Referent für Frieden, Tel. 030 - 69 80 74 13, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Körtestr. 10, 10967 Berlin, [www.ippnw.de](#), Email: [wilmen\[at\]ippnw.de](mailto:wilmen[at]ippnw.de)

[... zurück](#) [Stellungnahme der Internationalen IPPNW]

 [Empfehlen](#)

 [Tweet](#)

 [Drucken](#)

[Zum Seitenanfang](#)

[Impressum](#) | [Suchen](#) | [Sitemap](#) | [Kontakt](#)

© 2013 IPPNW - alle Rechte vorbehalten - all rights reserved



International Physicians
for the Prevention of Nuclear War

Statement by IPPNW on Chemical Weapons and access to Health Care in Syria

IPPNW firmly believes that chemical weapons, and any weapon of mass destruction, should never be used, and existing stockpiles should be eliminated in line with the Chemical Weapons Convention.

Chemical weapons are banned because of their capacity to cause indiscriminate deaths in large numbers, extreme suffering and long-term disability. It is essential that whatever stockpiles of chemical weapons exist in Syria are maintained in a safe condition prior to their final elimination, which should be achieved as rapidly as possible. A cessation of hostilities would provide a much more favourable context for this to happen.

We call on all parties involved in the present conflict in Syria to ensure that any existing stockpiles of chemical weapons are placed under safeguards and that there is no intentional use, or threat of use, whatever the circumstances. UN weapons inspectors must be allowed full, safe and timely access to investigate suspected chemical weapons use. If the facts determine that chemical weapons have been used, then those who used them should be brought before the International Criminal Court and held accountable for crimes against humanity.

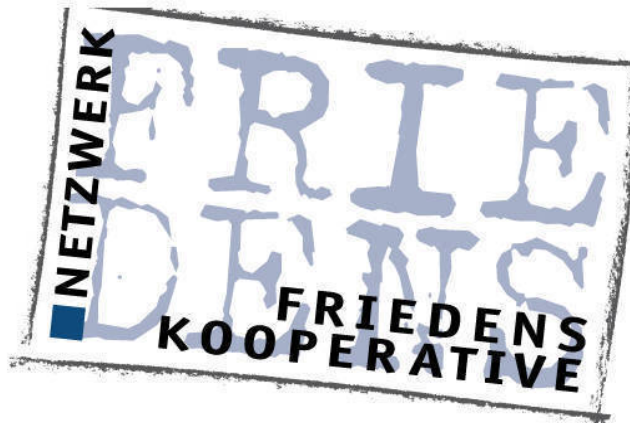
We call on all sides to cooperate with the UN and Arab League Special Envoy to Syria in his quest to resolve the present conflict through dialogue. The present suffering of civilians in areas controlled by the government and by the opposition forces is unacceptable and a ceasefire needs to be negotiated as soon as possible.

IPPNW demands free and safe access of the population to medical care. To make medical facilities and personnel a target of violence is unacceptable and a gross violation of international humanitarian law. We urge all parties to the civil war in Syria to engage in negotiations to resolve the conflict. We demand from all countries and parties outside Syria that they stop delivering weapons into Syria.

IPPNW Board of Directors

27 August 2013





■ Netzwerk Friedenskooperative · Römerstr. 88 · D-53111 Bonn

Netzwerk
Friedenskooperative
Förderverein Frieden e.V.

Römerstraße 88
D-53111 Bonn

Tel. +49 (0)2 28/69 29 04
Fax +49 (0)2 28/69 29 06

friekoop@friedenskooperative.de
www.friedenskooperative.de

An die Presse
27. August 2013

Syrien: Friedenspolitik statt Kriegsterror

Angesichts der Vorbereitungen für US-Militärschläge gegen das syrische Regime warnt das Netzwerk Friedenskooperative vor den weitreichenden Folgen einer kurz gedachten Intervention und fordert von der Bundesregierung ein entschiedenes Eintreten für friedenspolitische Optionen unter Beteiligung aller in den syrischen Bürgerkrieg involvierten Nachbarstaaten.

Der Friedensforscher Andreas Buro erklärt: „*Assad ist ein Terrorist, keine Frage. Viele andere Akteure auch*“ und verweist auf die vielen in Syrien für ihre eigenen Machtinteressen destruktiv agierenden Kräfte: „*Die Saudis munitionieren Al Quaida und unterdrücken ihre Bürger. Obama zerrt an der 'roten Linie' und möchte Nah- und Mittelost dominieren, wie sein Bush-Vorgänger. Moskau und Peking wollen den USA, NATO und EU nicht die Herrschaft dort überlassen und rüsten Assad auf. Erdogan aus Ankara bringt die islamistische Al Nusra Front und die Freie Syrische Armee (FSA) zum Kampf gegen die syrischen Kurden zusammen, finanziert und bewaffnet sie. London und Paris - nicht mehr so potente ehemalige Kolonialmächte mit postkolonialen Ambitionen - wollen selbstverständlich zuschlagen. So wie immer. Teheran unterstützt den Terroristen Assad und die libanesische Hisbollah, um das angriffslustige Israel zurück zu halten und seine Regionalmachtambitionen gegen die sunnitische Saudi-Seite voran zu bringen. Die Syrer selbst sind ihnen allen nicht wichtig – Kollateralschäden! Krieg ist eben Terror.*“

Die Friedenskooperative kritisiert scharf die erneute Desavouierung der Vereinten Nationen durch die offene Ankündigung von US-, englischen und französischen Politikern, man könne, wie weiland im Kosovo-Serbien-Krieg, ohne UN-Mandat zuschlagen. Verantwortungslos werde der wichtigste Rahmen für Friedenserhaltung, die Charta der Vereinten Nationen beiseite gefegt – man glaube sich im Tollhaus der Politik.

Mit einer militärischen Racheaktion für den eventuellen und noch nicht erwiesenen Einsatz chemischer Kampfstoffe durch das Assad-Regime trete der Westen auf Seiten dschihadistischer Kämpfer in den Bürgerkrieg ein und eskaliere ihn eventuell zum Flächenbrand in der Region.

- 2 -

■ Bankverbindung
Förderverein Frieden e.V.

■ Kto. 404 1860 400
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ 430 609 67
IBAN: DE89 4306 0967 4041 8604 00
BIC: GENODEM1GLS

Netzwerk

Das Netzwerk Friedenskooperative fordert einen rigorosen Stopp der Waffenlieferung aus West und Ost. Buro: *„Es gibt doch Kräfte, die Saudis und Katar zur Zurückhaltung drängen könnten. Durchsetzung der Friedenskonferenz in west-östlicher Partnerschaft ohne Rücksicht auf Provokationen und Vorbedingungen, von wem aus sie auch kommen mögen. An ihr müssen die syrischen Menschen, die religiösen und ethnischen Gruppierungen teilhaben, eine Stimme bekommen.“*

An Versuchen für eine politische Lösung müssten auch die regionalen Streithähne Saudi-Arabien und Iran beteiligt und zugleich sollte ein größerer „friedenspolitischer Wurf“ für die Gesamtregion angegangen werden: Die USA würden sich zu direkten Gesprächen mit Teheran bereit erklären und als vertrauensbildende Maßnahme wenigstens einige Sanktionen aus der Zeit weit vor dem Atomstreit aufheben. Das Signal hieße: Wir wollen nicht das Regime in Teheran stürzen, sondern in allen Streitfragen gemeinsam nach guten Lösungen suchen. Das sei – so das Netzwerk – keine pazifistische Spinnerei, sondern einer der wenigen realistischen Möglichkeiten für eine friedenspolitische Wende.

Andreas Buro: *„Martin Luther King sprach kurz vor seiner Ermordung von einem Traum der Aussöhnung. An ihm halten noch heute große Teile der Menschheit fest und wollen, um zu überleben, ihn verwirklichen. In ihrem Sinne zu arbeiten wäre höchst realistisch.“*

Manfred Stenner

Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative, fforum@aol.com

Andreas Buro, andreas.buro@gmx.de

Stellungnahme des BSV zu den Ereignissen in Syrien

Kriegsverbrechen nicht mit Krieg bekämpfen

Minden, 27. August 2013

Der Bund für Soziale Verteidigung warnt entschieden vor einer Militärintervention in Syrien. Der Einsatz von Giftgas ist ein Kriegsverbrechen, egal von welcher Seite er erfolgt ist. Aber Kriegsverbrechen mit Krieg zu bekämpfen hat nur eine vorhersehbare Folge: Noch mehr Tote, Verletzte, Obdachlose und Flüchtlinge. Der BSV fordert die deutsche Bundesregierung, die USA, die NATO und die Mitglieder der EU auf, auf jedes militärische Eingreifen zu verzichten. Stattdessen müssen bilaterale und internationale Verhandlungen mit allen Staaten geführt werden, die derzeit durch Waffenlieferungen oder Parteinahme den Konflikt eskalieren, mit dem Ziel, mit diesen gemeinsam ein Ende der Gewalt zu fordern und den Waffennachschub zu unterbinden. Damit kann ein Raum geschaffen werden, in dem oppositionelle Kräfte und VertreterInnen der derzeitigen syrischen Regierung über die Zukunft ihres Landes verhandeln können. Ein begrenzter Schlag gegen syrische Militäreinrichtungen, quasi als Strafaktion der USA und ohne die Erwartung, dass sich damit an dem Krieg in dem Land etwas entscheidend ändert, wie er jetzt anscheinend überlegt wird, würde stattdessen die Fronten zwischen dem Westen und den Unterstützern des Assad-Regimes verhärten und die Unterstützung einer friedlichen Lösung von außen unmöglich machen.

Am vergangenen Mittwoch (20.8.13) wurden zwischen 90 und 1.300 Menschen in der Region Ghuta nahe Damaskus getötet; Fotos und Filmaufnahmen zeigten äußerlich unverletzte Tote und Menschen in Krankenhäusern, die mit dem Erstickungstod zu kämpfen schienen. Ärzte ohne Grenzen spricht von 3.600 Menschen, die mit Vergiftungen in Krankenhäusern in Damaskus behandelt werden.ⁱⁱ Die Reaktionen in Syrien selbst folgten dem traurigen, inzwischen bekannten Ritual der gegenseitigen Beschuldigungen: Rebellenorganisationen sprechen von einem Giftgasangriff durch die Regierung in der Nacht zum Mittwoch. Die Regierung bestreitet einerseits, dass es sich um Giftgas gehandelt habe, behauptet aber andererseits auch, dass die Rebellen für dessen Einsatz verantwortlich seien, und führt angeblich beschlagnahmte Fässer mit giftigen Substanzen der Presse vor. Auf Facebook soll kurzfristig am Mittwoch eine Meldung gepostet worden sein, in der sich Anhänger des Regimes zu dem Angriff mit Giftgas bekannten.ⁱⁱⁱ Und dass Syrien über Giftgas verfügt und es auch schon eingesetzt hat, wird eigentlich von keinem seriösen Beobachter bestritten. Und in einer saudischen Zeitung wird behauptet, dass eine syrische Eliteeinheit gegen den Willen ihres Kommandanten Giftgas entwendet und zum Einsatz gebracht habe.^{iv}

Andererseits kann gefragt werden, wie dumm die Regierung Assad sein muss, um solch einen Angriff genau in dem Zeitpunkt zu fliegen, wo UN-Inspektoren zur Überprüfung der Vorwürfe früherer Giftgaseinsätze im Land waren? Die Rebellen fordern seit Beginn des Bürgerkrieges eine internationale Militärintervention, und obschon sie inzwischen die Hoffnung auf ein solches Eingreifen weitgehend aufgegeben haben schienen: Der Krieg lief die letzten Monate nicht gut für sie, und ein militärischer Sieg scheint in weiter Ferne. Es hat auch in der Vergangenheit schon viele Fälle gegeben, wo in einem Krieg eine Seite einen Angriff auf sich selbst vortäuschten oder Zivilbevölkerung zum Ziel nahmen, um entweder einen Grund zu haben, in den Krieg zu ziehen oder eine dritte Seite zum militärischen Eingreifen zu bewegen. Die bekanntesten Beispiele für die erste Variante sind von Deutschland inszenierte Angriff auf den Sender in Gleiwitz an der polnischen Grenze 1939 und die von den USA vorgetäuschte Attacke auf ein US-Kriegsschiff im Golf von Tonkin vor Vietnam 1964, was den USA den Vorwand lieferte, Nordvietnam anzugreifen. Beispiele für das zweite wurden in den Konflikten in Bosnien-Herzegowina zwischen 1992 und 95 (Beschuss des Marktes in Sarajevo) und im Kosovo (Massaker von Racak) vor dem.

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:

Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN

Unsere Projektseiten:

www.jahalin.net
www.no-blame-approach.de
www.nonviolentpeaceforce.de
www.streitschlichtungskongress.de

BSV ist Mitglied dieser Organisationen:

European Network for Civil Peace Services
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Eingreifen der NATO 1998-99 zumindest vermutet, wenngleich nicht ohne jeden Zweifel belegt.

Natürlich gibt es auch noch weitere mögliche Erklärungen, etwa dass aus Versehen (oder Absicht) eine Pestizidfabrik oder ein Giftgaslager der Regierung getroffen wurde.

Wie man sieht: Spekulationen bezüglich der Urheberchaft des Giftgasangriffes (sofern dieser nachgewiesen werden kann, was man allerdings wohl erwarten darf) können viele aufgestellt werden.

Was die Wahrheit ist, ist nicht bekannt. Und selbst wenn die Untersuchungen der UN-Inspektoren zweifelsfrei nachweisen, dass es sich um Giftgas handelte, ist damit noch nicht gesagt, von welcher Seite es eingesetzt wurde. Dass die USA jetzt anscheinend zu handeln beabsichtigen, ohne auch nur das Ergebnis der Untersuchungen abzuwarten, drückt nur einmal wieder die Verachtung aus, die diese Supermacht für die Vereinten Nationen übrig haben.

Weder die USA noch die EU hatten bislang ein echtes Interesse gezeigt, in Syrien einzugreifen. Sonst hätten sie das schon längst getan – die „rote Linie“, die die USA bei dem Einsatz von Giftgas zu ziehen behaupteten, war bekanntlich schon vor Monaten überschritten. Und auch jetzt kündigte Obama zunächst lediglich ‚eine gründliche Prüfung der Vorwürfe und aller Optionen‘ an^v, um dann durch seinen Außenminister mit martialischen Worten einen begrenzten Militärschlag ankündigen zu lassen.^{vi} In Europa schien es bis vor kurzem bestenfalls Frankreich zu sein, das Appetit auf einen solchen Krieg zu verspüren schien und schon des Öfteren mit Gewaltanwendung gedroht hat.^{vii}

Wir haben aber auch schon damals anlässlich des Beschlusses der EU im Mai 2013, das Waffenembargo aufzuheben, darauf hingewiesen, dass es zwei mögliche Szenarien gebe ‚unter dem ein solches militärisches Eingreifen doch denkbar sei: *„Das erste ist, dass ... der öffentliche Druck so stark wird, dass sich die Politik zum Handeln gezwungen fühlt. In den Medien in vielen westlichen Ländern wird inzwischen vehement für eine Militärintervention plädiert; obschon dies – noch - kein großes Echo in der breiteren Bevölkerung zu wecken scheint. Das könnte sich ändern, falls z.B. große Massaker, u. U. unter unzweifelhaftem Einsatz von Giftgas durch die Regierung Assad, passieren.“*^{viii} Das zweite mögliche Szenario wäre eine weitere Eskalation vor Ort, besonders, falls Nachbarländer Syriens in den Konflikt mit hineingezogen werden, oder Israel attackiert wird, so dass aus Sicht der militärgestützten Realpolitik eine Intervention als das kleinere Übel erscheint.“^{ix} Was sich im Moment abzuzeichnen scheint, ist das erste Szenario mit einigen Elementen des zweiten, da die von Syrien unterstützte Hisbollah im Libanon in letzter Zeit wieder Israel angegriffen hat.

Jetzt kann eine Militärintervention des Westens nicht mehr ausgeschlossen werden. Nach den heutigen Nachrichten scheint es, als ob die USA es bevorzugen werden, im Alleingang zu handeln und anstelle einer größeren Intervention einen kurzen gezielten Angriff aus der Luft auf Militäreinrichtungen des Assad-Regimes (unter Ausparung der Chemiewaffendepots) zu unternehmen. Früher nannte man so etwas „Strafexpedition“. Ihre Präsenz im östlichen Mittelmeer haben sie bereits verstärkt. Militärisch würde dies an dem Bürgerkrieg in Syrien kaum etwas ändern. Aber der Angriff würde stattdessen die Fronten zwischen dem Westen und den Unterstützern des Assad-Regimes (Russland, China, Iran) verhärten und die Unterstützung einer friedlichen Lösung von außen unmöglich machen. Allerdings kann auch eine weitergehende Intervention nicht ausgeschlossen werden: VertreterInnen Frankreichs, Großbritanniens und der Türkei sprechen öffentlich darüber, militärisch und außerhalb der Vereinten Nationen zu handeln, da man davon ausgeht, dass der Sicherheitsrat einem militärischen Eingreifen nicht zustimmen dürfte. Derzeit finden Beratungen dieser Länder und der USA in Jordanien statt.^x Falls es zu einer solchen Militärintervention kommt, dann würde es auch aller Wahrscheinlichkeit nach in Form von Luftangriffen geschehen – den Einsatz von Bodentruppen scheinen alle Seiten auszuschließen. Die Parallele zum Kosovokrieg 1999 ist offensichtlich – auch damals stimmte der UN-Sicherheitsrat einem Eingreifen nicht zu, kämpften einheimische Rebellen auf dem Boden und die NATO flog Luftangriffe gegen militärische Stellungen Serbiens.

Wir warnen entschieden vor einem solchen militärischen Eingreifen. Der Einsatz von Giftgas ist ein Kriegsverbrechen, egal von welcher Seite er erfolgt ist. Aber Kriegsverbrechen mit Krieg zu bekämpfen hat nur eine vorhersehbare Folge: Noch mehr Tote, Verletzte, Obdachlose und Flüchtlinge. Im Falle Kosovos war es nicht der NATO zu verdanken, dass es letztlich nicht zu den gefürchteten genozidalen Angriffen Belgrads kam – verhindern hätte sie sie nicht können. In Syrien kommt noch dazu, dass es dort nicht mehr nur eine bewaffnete Rebellengruppe und eine funktionierende politische Führung gibt, sondern eine Unzahl von – vielfach aus dem Ausland gesteuerten – Gruppen mit sehr unterschiedlichen Agenden. Teilweise haben sie schon angefangen, sich gegenseitig zu bekämpfen. Sofern eine „Koalition der Willigen“, wie es im Falle des (ebenfalls nicht von den Vereinten Nationen sanktionierten) Irakkriegs 2003 genannt wurde, Syrien aus der Luft angreift – was kommt danach? Die Chancen, dass aus den Trümmern eine gemeinsame Zukunft für alle SyrerInnen aufgebaut werden kann, sind klein und werden mit jeder Woche kleiner. Und wie soll ein solcher Angriff verhindern, dass erneut Giftgas eingesetzt wird? Giftgas

benötigt keine Raketenbasen, die man aus der Luft zerstören kann, ja nicht einmal Flugzeuge – im 1. Weltkrieg wurde es schlicht mit Granaten verschossen. Und was passiert, wenn ein Giftgaslager von einer Bombe getroffen wird? Man muss keine Militärspezialistin sein, um sich auszumalen, wie leicht giftige Chemikalien durch eine Explosion und einen Brand freigesetzt werden – Unfälle in der zivilen Chemieindustrie legen dafür beredt Zeugnis ab.

Rückfragen:

Bund für Soziale Verteidigung

Dr. Christine Schweitzer (Co-Geschäftsführerin)

0571-29 456 oder 040-655 90 940

Schweitzer@soziale-verteidigung.de

Fußnoten

ⁱ Zum Beispiel siehe: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/militaerschlag-gegen-syrien-obama-setzt-auf-tomahawks-a-918752.html>

ⁱⁱ <http://www.msf.org/article/syria-thousands-suffering-neurotoxic-symptoms-treated-hospitals-supported-msf>

ⁱⁱⁱ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/aktivisten-in-syrien-neuer-giftgasangriff-von-assads-armee-a-917699-druck.html>

^{iv} <http://www.taz.de/Debatte-Buergerkrieg-in-Syrien!/122490/>

^v Tagesschau, 25.8.2013.

^{vi} http://www.washingtonpost.com/world/national-security/kerry-obama-determined-to-hold-syria-accountable-for-using-chemical-weapons/2013/08/26/599450c2-0e70-11e3-8cdd-bcdc09410972_print.html

^{vii} <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-23795088?print=true>

^{viii} Der Mainzer Orientforscher Prof. Günter Meyer sprach im Mai von einer „Strategie des Massaker-Marketings“, die die Aufständischen betreiben würden. (Syrien-Experte: „Giftgas-Einsatz nützt Aufständischen“, [schwaebische.de](http://www.schwaebische.de), 01.05.2013, <http://www.schwaebische.de>, [Zugriff: 12.05.2013])

^{ix} BSV: Syrien braucht ehrliche Makler, nicht noch mehr Waffen, 28.5.2013

^x <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-23838900?print=true> <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-23838900?print=true>

Betreff: Bremer Friedensforum: PE zum Syrienkonflikt. Gegen Kriegsstimmungsmache

Von: "Hartmut Drewes" <hartmut_drewes@web.de>

Datum: 27.08.2013 13:00

An: "Hartmut Drewes" <hartmut_drewes@web.de>

Bremer Friedensforum

Villa I chon - Goetheplatz 4 - 28203 Bremen

(0421) 3 96 18 92 (Ekkehard Lentz), 6 44 14 70 (Hartmut Drewes),

(0421) 35 58 16 (Eva Böller/Ernst Busche), 4 34 18 52 (Barbara Heller)

mailto:info@bremerfriedensforum.de

<http://www.bremerfriedensforum.de>

Presseerklärung

Gegen Kriegsstimmungsmache

Forderung nach sofortiger Einberufung einer internationalen Konferenz

Das Bremer Friedensforum wendet sich entschieden gegen das Anheizen einer weltweiten Kriegsstimmung, die ein militärisches Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg zum Ziel hat. Die Äußerungen der französischen und britischen Regierung so wie auch mehrerer Medien, die in diese Richtung gehen, sind unverantwortlich. Das Ergebnis der Untersuchungen der UNO-Inspekture, ob bei den Kämpfen in Syrien Giftgas eingesetzt worden ist, wird gar nicht abgewartet. Militärische Schritte werden verlangt, möglicherweise auch ohne Mitwirkung der UNO. Die deutsche Regierung ist gefordert, sich von solcher Stimmungsmache klar zu distanzieren. Eine bewaffnete Intervention des Westens würde zu einer unkontrollierten Eskalation des Krieges führen mit einer Vielzahl von Opfern unter der jetzt schon gebeutelten Zivilbevölkerung.

Das Bremer Friedensforum unterstützt alle besonnenen Äußerungen von führenden Politikern, die sich nicht von dieser Kriegsstimmungsmache mitreißen lassen. Besonders ist hier der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU) zu nennen. Er warnt vor einer Ausweitung des Syrienkonflikts zu einem regionalen Flächenbrand und sagt, dass die deutsche Politik auf Deeskalation und nicht auf militärisches Eingreifen setze. Außerdem verweist er auf Russland und den Iran, die in diesem Konflikt eine wichtige Rolle spielen und „dass man für eine politische Lösung auch mit Teheran sprechen muss“.

Das Bremer Friedensforum ruft die Bundesregierung dazu auf, alle diplomatischen Wege mit dem Ziel zu beschreiten, dass die schon lange geplante internationale Konferenz zur Beendigung des Syrienkrieges sofort einberufen wird.

--

Hartmut Drewes, Sprecher Bremer Friedensforum

Parkstr. 41

28209 Bremen

Tel.: 0421 6441470

Fax: 0421 1730244

Betreff: [ORL-Presseverteiler] Ohne Rüstung Leben: Kurz-)Krieg gegen Kriegsverbrechen ist keine Lösung!

Von: ORL-Presseverteiler <orl-presseverteiler-01@intraweb.gaia.de>

Datum: 27.08.2013 13:55

An: <ORL-Presseverteiler-01@intraweb.gaia.de>



Stellungnahme von Ohne Rüstung Leben zu Syrien:

Kurz-)Krieg gegen Kriegsverbrechen ist keine Lösung!

Stuttgart, 27. August 2013

„Auch ein kurzer Krieg gegen Kriegsverbrechen löst in Syrien nichts. Er verhindert weder weitere Gewalt noch wird dadurch der Tod der Opfer des mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatzes gesüht, so Paul Russmann, Sprecher der ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben. „Im Gegenteil eine Militärintervention führt zu noch mehr Toten, Verletzten und Flüchtlingen. Wer interveniert, wird zur Kriegspartei. Es droht die Gefahr eines Flächenbrandes. Wir appellieren an die Bundesregierung und an alle anderen Staaten, auf jede militärische Intervention zu verzichten, alle Waffenlieferungen in die Konfliktregion einzustellen. Bundeskanzlerin Angela Merkel muss ihre außenpolitische Verantwortung wahrnehmen und den diplomatische Druck auf die Kriegsbeteiligten in Syrien und auf ihre jeweiligen Verbündeten erhöhen, sich an einen Tisch zu setzen.“

Kontakt:

Paul Russmann
Ohne Rüstung Leben
Arndtstr. 31
70197 Stuttgart

0711 608396

0176 28044523

orl-russmann@gaia.de

www.ohne-ruetzung-leben.de

pax christi · Hedwigskirchgasse 3 · 10117 Berlin

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Deutsche Sektion
Vizepräsidentin

Wiltrud Rösch-Metzler

Tel. 030.200 76 78-0
Fax 030.200 76 78-19
w.roesch-metzler@paxchristi.de

Offener Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

29.08.2013

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir sind erschüttert über den offenkundigen Einsatz von Giftgas im syrischen Bürgerkrieg. Wir sind aber auch in Sorge, dass Empathie für die Opfer von Empörung leicht in Zorn umschlagen kann.

Die jetzt um sich greifende Kriegsrhetorik veranlasst uns zu einem Ruf nach Mäßigung und verantwortlichem politischen Handeln. Zu Beginn des Arabischen Frühlings hat sich die syrische Bevölkerung ihrer Regierung mit den Mitteln des gewaltlosen Widerstands entgegengestellt. Entgegen den Hoffnungen von Gewaltfreiheits- und Friedensbewegung konnte, auch mangels internationalen Rückhalts für dieses neue und ungewohnte Vorgehen, die Gewaltfreiheit unter dem Druck der massiven Reaktion des Assad-Regimes nicht lange aufrechterhalten werden. Gegen unsere Warnungen wurde mit der Unterstützung von zur Gewalt bereiten Rebellen begonnen, eine noch mögliche Verhandlungslösung rückte zunehmend in die Ferne.

Ein Teil der Staatengemeinschaft, darunter die Bundesrepublik Deutschland, ist seit längerem in das Bündnis der sog. Freunde Syriens verstrickt und hat sich damit im Vorgriff auf eine Ablösung des Assad-Regimes festgelegt. Nicht zuletzt deshalb setzen einige Regierungen, namentlich die der USA, Frankreichs, Englands und der Türkei, jetzt viel zu einseitig auf Schuldzuweisungen an die Regierungsseite in der Frage der Urheberschaft des Giftgaseinsatzes. Mit einem nach ihrer Auffassung daraus zu legitimierenden militärischen Angriff wäre ihr Ziel, und das der von ihnen unterstützten Rebellen, ein Regime-Wechsel in Syrien zum Greifen nah.

Wir mahnen mit vielen anderen Stimmen: Erst müssen die Untersuchungen der UN-Inspektoren abgewartet werden. Welchen Vorteil hätte Assad davon zum Zeitpunkt der Anwesenheit der Chemiewaffenexperten Giftgas einzusetzen, nachdem seine Truppen militärische Erfolge vorweisen können und sich die Position des Regimes für eine Verhandlungslösung verbessert hat? Eher noch sind die Rebellen in die Enge getrieben.

Gründlich zu hinterfragen ist derzeit jedes Sich-Berufen auf die 2005 von der UN-Vollversammlung beschlossene Option zum Handeln nach der Konzeption der "responsibility to protect". Die aus den Erfahrungen der beiden Weltkriege entstandene UN-Charta hat nicht die Aufgabe, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Verletzungen von Konventionen zu ahnden, sondern die Wahrung des Weltfriedens zum Ziel. Eine verantwortliche Folgenabschätzung hat deshalb prinzipiellen Vorrang. Ein absehbarer Angriff ohne UN-Mandat wäre zudem eine weitere gefährliche Relativierung des Gleichgewichtssystems und eine Ausschaltung des Gewaltmonopols der UN.

pax christi
Internationale Katholische
Friedensbewegung
Deutsche Sektion

Hedwigskirchgasse 3
10117 Berlin
Tel. 030.200 76 78-0
sekretariat@paxchristi.de
www.paxchristi.de

Pax-Bank eG
Kto 4000 569 017
BLZ 370 601 93
IBAN DE90 3706 0193
4000 5690 017
BIC GENODED1PAX

Seite 2

zum Schreiben vom 29.08.2013

Die Konsequenzen sind unabsehbar. Abgesehen von den außenpolitischen Risiken in der Region (Iran, Libanon, Israel, Irak, Kurden, die Schutzmächte Russland und China) geht es in Syrien nicht nur um Assad, sondern um die Existenz von Minderheiten wie Schiiten, Alawiten und nicht zuletzt Christen, die ihrerseits zu Opfern einer Wendung im Bürgerkrieg werden dürften. Auch die laizistischen Strömungen sind gefährdet. Dass sich der Konflikt auf die Ebene der Religionen verlagert hat, schmerzt uns als glaubensbasierte Friedensbewegung ganz besonders. Unsere weltweit verzweigte Organisation Pax Christi International arbeitet unermüdlich daran, den Dialog der Repräsentanten der verschiedenen Glaubensrichtungen in Syrien und anderswo nicht abreißen zu lassen, bzw. neu in Gang zu bringen.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, nehmen unserer Wahrnehmung nach in der jüngsten Entwicklung eine zu indifferente Haltung ein, bzw. gewähren den einseitigen Forderungen nach einem militärischen Eingreifen gegen das syrische Regime sogar Ihre Unterstützung. Diese Position halten wir aus den angeführten Gründen für nicht nachvollziehbar.

Aus der angesichts der Menschheitskatastrophen des 20. Jahrhunderts in der Ökumene der Kirchen und im interreligiösen Austausch gewachsenen Überzeugung heraus, dass es keine politische, ethische oder religiöse Rechtfertigung von Kriegen mehr geben kann, erinnern wir Sie an Ihre Verantwortung für den deutschen Beitrag zum ebenfalls oben angeführten Friedenssicherungsauftrag der UN und fordern Sie deshalb auf:

- Erklären Sie deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland sich, auch im Rahmen des NATO-Bündnisses, nicht an einem Angriff gegen das Assad-Regime beteiligen wird und einen solchen auch nicht gutheißt.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass die zu einem Angriff entschlossenen Regierungen der Staatengemeinschaft ihre Absicht aufgeben und alle Angriffsdrohungen eingestellt werden.
- Stellen Sie klar, dass von amerikanischen oder NATO-Militärbasen auf deutschem Boden kein Angriffskrieg geführt werden darf.
- Arbeiten Sie mit diplomatischen Mitteln auf einen Waffenstillstand hin und bereiten Sie weiter den Boden für die in Genf geplanten Verhandlungen.
- Öffnen Sie die Politik für die Unterstützung von gewaltfreien Bewegungen.
- Bedenken Sie angesichts des jüngsten Erfolgs der deutschen UN-Unterhändlerin den Vorteil der "Maklerposition", die sich die Bundesrepublik Deutschland offenkundig aufgebaut hat, und setzen Sie diese nicht aufs Spiel.

Im Umfeld der 50sten Wiederkehr des Datums des 28. August 1963 und der an diesem Tag gehaltenen Rede von Martin Luther King möchten wir abschließend den Geist dieses Ereignisses beschwören, auf den sich gerade US-Präsident Obama schon wiederholt im Sinne einer Selbstverpflichtung berufen hat. Möge dieser Geist der Gewaltfreiheit, der Versöhnung und der Suche nach einvernehmlichen Konfliktlösungen sich im Bewusstsein der Regierungsverantwortlichen in aller Welt verbreiten.

Mit freundlichen Grüßen

Wiltrud Rösch-Metzler
pax christi-Vizepräsidentin

Ehrenkirchen/Karlsruhe, 29. August 2013

Presseerklärung des FFE-Leitungskreises zum geplanten Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf Syrien

Die USA und einige ihrer Verbündeten haben sich offensichtlich zu einem weiteren völkerrechtswidrigen Militäreinsatz entschlossen. Mit bisher unbewiesenen Behauptungen, die syrische Regierung habe im Kampf gegen Aufständische chemische Waffen eingesetzt, werden Militärschläge zur „Bestrafung“ des Assad-Regimes vorbereitet. Weder das innerstaatliche Recht noch das Völkerrecht erlauben einem Individuum oder einzelnen Staaten die Bestrafung anderer. Die Sprache verrät hier einen Rückfall in rechtlose Barbarei; sie ist Ausdruck der sprichwörtlichen Arroganz der Macht. Auch Militärschläge sind Kriegshandlungen und, ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates, Akte eines Angriffskrieges, der nach den Worten des amerikanischen Chefanklägers beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozess als das größte Kriegsverbrechen anzusehen ist.

Wir sind erschüttert über die Heuchelei, mit der die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs ihren barbarischen Akt, der nach den Erfahrungen vergleichbarer Unternehmen in den vergangenen Jahren (Afghanistan, Irak, Libyen) viele Menschenleben fordern wird und eine ganze Region in Flammen setzen kann, als Ausdruck selbstloser menschlicher Sorge verkaufen. Den Westen trifft nämlich eine große Mitschuld am Leiden des syrischen Volkes. Vor allen Versuchen, die innerstaatlichen syrischen Probleme gewaltfrei zu lösen, haben die USA und ihre Verbündeten vorrangig auf einen politisch opportunen Regimewechsel hingearbeitet. Sie sind mit dafür verantwortlich, dass friedlicher Bürgerprotest gegen ein diktatorisches Regime sich zu einem verheerenden Bürgerkrieg entwickelte. Waffenlieferungen von Klientelstaaten an die Rebellen wurden geduldet, schon lange bevor der Westen sich offen zu deren militärischen Unterstützung bekannte. Die Unterstützung dieser Aktionen durch die reaktionären Regime der Golfregion und Saudi-Arabiens, in denen die Menschenrechte einen ähnlich niedrigen Stellenwert einnehmen wie unter dem Assad-Regime, war offensichtlich willkommen. In Kauf genommen wurde dabei, dass radikale islamistische Gruppen inzwischen zunehmend an Einfluss gewonnen haben und mit einiger Wahrscheinlichkeit in einem Nach-Assad-Syrien eine verhängnisvolle politische Rolle spielen werden.

Selbst wenn das Assad-Regime gegen seine eigenen Interessen handelnd einen Chemiewaffeneinsatz zu verantworten hätte, – es läge eher im Interesse der Aufständischen, mit einem solchen Akt den USA eine Legitimation zum Eingreifen zu liefern – zur Verantwortung ziehen könnte es nur der Internationale Strafgerichtshof. Angesichts der absehbaren verheerenden Folgen einer militärischen Intervention vor Ort und in der Region ist es immer noch ein Gebot der politischen Vernunft, entschieden an einer diplomatisch-politischen Lösung des Konfliktes zu arbeiten. Wer Frieden will, muss mit allen Akteuren verhandeln. Die USA haben sich aber bisher geweigert, den Iran, einen der wichtigsten Verbündeten Syriens, mit an den Verhandlungstisch zu lassen. Entgegen der westlichen Propaganda ist nicht Russland allein schuld daran, dass bisher eine solche Lösung nicht ernsthaft gesucht wurde. Wer den Weltfrieden erhalten will, darf auch Russland nicht als Erfüllungsgehilfen seiner geopolitischen Interessen behandeln. Auch wenn Russland mit seiner politischen und militärischen Unterstützung des Assad-Regimes Teil des Problems ist, muss es als selbständiger Akteur mit Rechten und legitimen Interessen respektiert werden.

Die Bundesregierung plant anscheinend zur Zeit keine direkte deutsche Beteiligung an einer Militäraktion, unterstützt aber die Interventionisten politisch und logistisch. Nicht einmal alle Oppositionsparteien vertreten eine klare Linie im Blick auf ein kriegerisches Eingreifen des Westens in Syrien. Es sei daher daran erinnert, dass auch die Unterstützung eines Kriegsverbrechens zumindest

FFE

moralisch und politisch inakzeptabel ist. Wir appellieren daher an die Bundesregierung und alle politischen Parteien, eindeutig gegen die interventionistische Politik mit ihren absehbaren verhängnisvollen Folgen und für eine politische Lösung des Konfliktes einzutreten.

Von den Kirchen und der EKD erwarten wir, dass sie eindeutiger reden, d.h.

- dass sie den Schleier der Lüge und Desinformation zerreißen und deutlich machen, dass auch der Syrien-Konflikt Teil eines geopolitischen Machtkampfes geworden ist, in dem nicht einfach ein selbstloser Westen einer bösen arabischen Diktatur gegenübersteht, die von Russland ausgehalten wird;
- dass sie sich eindeutig gegen die mit dem Kosovo-Krieg beginnende kontinuierliche Missachtung des Völkerrechts auch durch den Westen aussprechen und entschiedener im Sinne ihrer friedensethischen Grundüberzeugungen dafür eintreten, dass das Recht der Macht durch die Macht des Rechtes ersetzt wird.

In diesem Sinne hoffen wir auch, dass die Erfahrungen dieser Tage mit eingehen in die abschließenden Beratungen zum friedensethischen Diskussionsprozess in der badischen Landeskirche. Was jetzt zu beobachten ist, unterstreicht die Notwendigkeit, im Sinne des Entwurfs des Positionspapiers der Evangelischen Landeskirche in Baden für die Gewaltlosigkeit als die einzige und nicht nur die vorrangige Option christlicher Friedensethik einzutreten.

Unsere Mitglieder bitten wir, ihre zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen: zu informieren, zu diskutieren, zu schreiben, zu demonstrieren. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl sollte es für unsere Wahlentscheidung wichtig sein zu wissen, ob die Kandidatinnen und Kandidaten zu einer klaren Stellungnahme gegen die verhängnisvolle westliche Syrienpolitik und überhaupt für eine Revision der immer zerstörerischer wirkenden militärgestützten Sicherheits- und Außenpolitik eintreten.

Rückfragen

Dr. Wilhelm Wille
Tel. 07633-801210
willes23@googlemail.com

Das "FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden" ist der Zusammenschluss von rund 60 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.